

## **Der Irre mit dem Regenschirm**

Der Clan um den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi will das Land nicht aufgeben und lässt auf die Bevölkerung schießen. Nachdem die Revolte die Hauptstadt Tripolis erreicht hat, droht in Libyen ein Stammeskrieg. Langfassung des Artikels von Bernhard Schmid, zuerst erschienen in der Jungle-World vom 24.02.2011

Diktaturen sind gut, jedenfalls besser als ihr Umsturz, denn sie wahren die Stabilität für die Geschäfte: Dieses Signal geht derzeit von mehreren europäischen Börsen aus. Die derzeitigen Revolten in Libyen gegen das Regime von Muammar el-Gaddafi versetzen sie in Unruhe, zum Teil in Panikstimmung. Am Montag schloss der französische Aktienindex deswegen mit einem Minus von 1,5 Prozentpunkten ab, die Mailänder Börse stürzte am selben Tag um über 3,5 Prozent ab. „Aufgrund der innigen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen beiden Ländern“, Italien und Libyen, wie die Wirtschaftspresse dazu erläuterte.

Am Dienstag ab 11 Uhr vormittags war die Mailänder Börse dann „aufgrund eines technischen Problems“ geschlossen. Das libysche Regime hat einen Teil seiner Petrodollars in italienischen Unternehmen wie UniCredit, Finmeccanica oder ENI angelegt, und ein Drittel der Ölproduktion des Landes wird nach Italien geliefert. Umgekehrt hat das italienische Kapital zahlreiche Investitionen in dem nordafrikanischen Staat getätigt. Vor allem, seitdem Premierminister Silvio Berlusconi im August 2008 die von 1911 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs begangenen italienischen Kolonialverbrechen in Libyen anerkannt hatte - aber aus taktischen Gründen, um nämlich neue Geschäfte einzufädeln und um das libysche Regime in die europäische Politik der Bekämpfung unerwünschter Migration aus Afrika einzubinden.

Diese Funktion übte das Gaddafi-Regime für die gesamte Europäische Union aus. In den letzten Tagen drohte es nunmehr damit, „die Kooperation bei der Einwanderungsbekämpfung einzustellen“ und unerwünschte Emigranten ungehindert in die Festung Europa hinein zu lassen - „falls die EU nicht aufhört, die Demonstranten bei uns zu ermutigen“, indem sie die brutale Repression verurteilt. Berlusconi selbst hatte noch am Wochenende gefordert, man möge Gaddafi „in Ruhe lassen“, so wie er zuvor auch angesichts der demokratischen Revolution in Ägypten den dortigen Präsidenten Hosni Mubarak als „weisen Mann“ bezeichnet hatte. Am Montag verurteilte aber auch er verbal die Unterdrückungspraxis des libyschen Regimes gegenüber den aktuellen Protesten. Diese wurde inzwischen selbst durch die iranische Diktatur als „unakzeptabel“ kritisiert, was sie natürlich nicht daran hindert, im eigenen Land in höchstem Maße repressiv gegen die eigene Opposition vorzugehen.

An den Börsen dagegen ist man eher über die Unruhen als über ihre Niederschlagung besorgt. Neben dem ideologischen Moment, das die Psychologie der Anleger beeinflusst, gibt es zumindest in einigen Wirtschaftssektoren einen materiellen Kern der Befürchtungen. Die Erdölfirmen jedenfalls verzeichnen derzeit Produktionseinbußen, nachdem Konzerne wie Total, Statoil oder Repsol ihr Personal in den letzten Tagen aus Libyen - dem viertgrößten Ölproduzenten des afrikanischen Kontinents - abgezogen haben. Zudem geben sie an, ein mögliches „Auseinanderbrechen“ des libyschen Staates zu fürchten, dessen Osthälfte derzeit

zum Teil durch Rebellen oder meuternde Truppenteile kontrolliert wird, während die Armee des Gaddafi-Regimes im Westteil des Landes brutale Attacken auf protestierende Bevölkerungsteile durchführte.

Am Montag flog die libysche Luftwaffe Angriffe auf Stadtteile der Hauptstadt Tripolis, nachdem die Protestwelle am Vorabend auch Viertel von Tripolis erreicht hatte. Die Internationale Menschenrechtsvereinigung FIDH, deren Hauptsitz in Brüssel liegt, sprach am Dienstag früh von mindestens 300 bis 400 Toten - und dabei handelt es sich um überprüfte Fälle, die Dunkelziffer daneben dürfte höher liegen. Am selben Vormittag sprach die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navathenem Pillay, von möglichen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die in den vorausgehenden Stunden durch das libysche Regime begangen wurden. Eine Repräsentantin des libyschen Regimes, seine damalige UN-Botschafterin Najat al-Hajjat, hatte im Jahr 2003 für zwölf Monate den - nach dem Rotationsprinzip vergebenen - Vorsitz des UN-Ausschusses für Menschenrechte ausgeübt. Dies hatte damals eine heftige internationale Polemik ausgelöst.

Aktuell sind mehrere libysche Botschaften und Vertretungen im Ausland, darunter jene bei den UN, in Opposition zum Gaddafi-Regime und seinen mörderischen Maßnahmen gegen die Opposition und gegen ganze Bevölkerungsteile getreten. Das libysche Botschaftspersonal in Malaysia etwa erklärte am Dienstag früh, es solidarisiere sich mit den Protesten und verurteile die Repression: „Wir stehen nicht mehr loyal zu Gaddafi, wir sind loyal zu dem libyschen Volk.“ Schon am Vortag war als erster der bisherige Botschafter Libyens in Indien, Ali Essaoui, zurückgetreten und hatte erklärt, „sich der Revolution anzuschließen“. Ihm folgten auch die Botschafter des Landes in Tunesien, Polen, China, in den USA und bei der Arabischen Liga. Gleichzeitig trat in Tripolis der bisherige Justizminister, Mustapha Abdel Jalil (ODER IM DEUTSCHEN DSCHALIL ?), mit den Worten zurück, er kritisiere die „überzogene Gewaltanwendung“ seitens des Regimes.

Der Clan Gaddafis und das engere Machtzentrum haben sich also nicht nur international, sondern auch auf innenpolitischer Ebene zu isolieren begonnen. Dies hält Muammar al-Gaddafis Sohn und designierten Nachfolger, Seïf el-Islam („Schwert des Islam“) Gaddafi, nicht davon ab, ihren Widersachern zu drohen. Am Sonntag Abend stellte er in einer Fernsehansprache die Bevölkerung vor die Alternative: Entweder „ist es aus mit dem Öl, mit dem Gas, und es wird das Chaos einkehren“ - oder aber sie akzeptiere „das neue Libyen“, das die Herrschenden vorbereiteten, unter anderem durch eine Reform des Strafrechts. Vater Gaddafi und die Seinen aber würden „Libyen auf keinen Fall aufgeben“, sondern „bis zum letzten Mann, zur letzten Frau, zur letzten Kugel kämpfen“. Für diesen Fall kündigte Gaddafi junior „Ströme von Blut“ an.

So endet also die Behauptung der libyschen Diktatur, sie stelle eine „Volksmassenherrschaft“ dar - so lautet übersetzt die offizielle Staatsbezeichnung, „Jammahirriya“, eine neue Wortschöpfung Gaddafis. Diese spezifische Staatsform zeichnete sich laut offizieller Darstellung dadurch aus, dass es keine politischen Parteien gebe, welche die Gesellschaft spalteten, sondern „das Volk direkt und unmittelbar die Herrschaft ausübt“. Da es „das Volk“ als homogenen Körper aber hier wie anderswo nicht gibt, verbarg dieser offizielle Anspruch lediglich das Verbot von politischen Parteien und Gewerkschaften. An ihrer Stelle

organisierte sich die politische Basis der Regierung in so genannten „Volkskomitees“. Angeblich gab es in Libyen deswegen auch keinen Staatsapparat. In Wirklichkeit aber existierte sehr wohl der Apparat einer staatlichen Diktatur, in den aber im libyschen Falle traditionelle tribale und patriarchale Strukturen der örtlichen Gesellschaften integriert wurden. Das bedeutet, dass traditionelle Autoritäten wie Stammesfiguren oder „Älteste“ - neben Günstlingen von Gaddafis Clan - bei der Ämtervergabe berücksichtigt wurden.

Gleichzeitig, und deswegen, war die zentrale Regierung in Tripolis immer auch die Vorherrschaft einzelner Bevölkerungsgruppen, die sich durch lokale Zugehörigkeit und Abstammung definieren. Insbesondere drei frühere „Stammesgruppen“, unter ihnen die Gaddafa, denen die regierende Familie entstammt, teilten sich den hauptsächlichsten Teil der Macht und der Verwaltungsposten. Traditionell vernachlässigt war zur selben Zeit der Osten Libyens. Denn die Cyrenaika, die Landschaft an der östlichen Mittelmeerküste des Landes, stellte unter der früheren Monarchie unter König Idriss I. - den Gaddafi und eine Gruppe junger Offiziere am 1. September 1969 stürzten - die soziale Hauptbasis des alten Regimes. Seitdem wurde diese Gegend systematisch bei der Verteilung der Öleinnahmen oder von Ämtern und Funktionen benachteiligt. In den neunziger Jahren existierte hier eine islamistische Opposition. Letztere nahm zwar auch an den jüngsten Demonstrationen in der ostlibyschen Regionalmetropole Benghazi teil, doch wurden diese eher durch Menschenrechtsaktivisten ausgelöst: Die ersten Protestmärsche dort wurden in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch vergangener Woche von Anwälten und Richtern angeführt, nachdem der Rechtsanwalt Fethi Tarbel inhaftiert worden war. Er vertritt die Angehörigen von Häftlingen, die bei einer Schießerei 1996 im Gefängnis Abu-Salim in Tripolis getötet worden waren. Durch seine Inhaftierung wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ wollten die Behörden einem „Tag des Zorns“ vorbeugen, zu dem - nach ägyptischem Vorbild - für den Donnerstag letzter Woche über Facebook aufgerufen worden war.

Im Osten Libyens konnten die Protestierenden auch schneller greifbare Erfolge erzielen. Die drittgrößte Stadt des Landes, El-Baïda („Die Weiße“), befand sich schon am Wochenende in der Hand von Rebellen. Auch in der zweitgrößten Stadt, Benghazi, konnten am Sonntag und Montag abtrünnige und meuternde Truppenteile zusammen mit Protestlern zeitweilig die Kontrolle übernehmen. Inwiefern sie diese noch ausüben, ist derzeit nicht genau überprüfbar. In diesen Städten wehte deswegen das von vielen Einwohnern als „echte“ libysche Fahne betrachtete Emblem in den Farben rot, schwarz und grün mit einem hellen Halbmond. Diese alte Nationalflagge hatte Gaddafi nach dem Sturz der Monarchie abgeschafft und durch eine grüne Flagge ersetzt. Dieser symbolische Bezug auf den Islam widerspiegelt einen Teil der ideologischen Moden, denen Gaddafi in den letzten Jahrzehnten nachgegangen ist, auch wenn er sie wiederholt auswechselte: Zuerst wollte er „Sozialist“ und arabischer Nationalist sein, der jedoch durch die übrigen Araber eher ausgelacht denn ernst genommen wurde. Später, in den neunziger Jahren, versuchte er sich als Vertreter der „reinen muslimischen Lehre“. Im zurückliegenden Jahrzehnten wandelte er sich vordergründig zum „moderaten und pro-westlichen“ Staatsmann. In allen Fällen handelte es sich bei den offiziellen Orientierungen des libyschen Staates jedoch um persönliche Marotten des de facto allmächtigen Mannes an der Spitze. Ihnen entsprach keinerlei Struktur

innerhalb der libyschen Herrschaft: Weder wurde ein Teil der Macht an die Arbeiter oder ihre angeblichen Vertreter übergeben, als er den „Sozialismus“ proklamierte, noch - wie es sich für eine orthodox-islamische Herrschaft gehören würde - an Schriftgelehrte, die die Religion kennen und auszulegen vermögen. Letztere verachteten Gaddafi vielmehr als Clown. Und zwar schwingt Gaddafi sich seit längerem auch zum Helden der „afrikanischen Einheit“ auf, doch werden Schwarzafrikaner in Libyen bestenfalls mit so genannten minderwertigen Arbeiten betraut.

Erheblich stärker als in den bevölkerungsreichen und von verbreiteter Armut geprägten Staaten der Region wie Ägypten spielen politische Faktoren eine wesentlich bedeutendere Rolle in den Protesten als soziale. Es geht bedeutenden Teilen der Bevölkerung darum, nicht länger Behördenwillkür, Schikanen und eine seit über 41 Jahren währende Herrschaft- es handelt sich um die dienstälteste Personendiktatur des Planeten, seitdem Gabuns Präsident Omar Bongo im Juni 2009 nach ebenso langer Präsidentschaft verstarb und sein Sohn Ali Bongo ihm nachfolgte - zu erdulden. In sozialer Hinsicht profitieren viele Libyer noch immer zumindest in relativer Weise davon, dass ihr Land erdölreich und bevölkerungsarm ist, beides im Gegensatz etwa zu Ägypten. Die fünf bis sechs Millionen Libyer haben jedenfalls geringere materielle als ihre ägyptischen und algerischen Nachbarn, denn das Proletariat und Subproletariat besteht vor allem aus den ein bis zwei Millionen „legal“ und „illegal“ im Lande lebenden Schwarzafrikanern. Arbeiter- und kleinere Handwerkstätigkeiten werden zudem zum Teil durch mehrere Zehntausend Tunesier ausgeübt.

Da gleichzeitig schwarzafrikanische Söldner - etwa aus dem von chronischen Bürgerkriegszuständen geschüttelten Nachbarland Tschad - Repressionsaufgaben im Dienste des Gaddafi-Regimes ausüben, kehrte sich der Zorn von Teilen der Bevölkerung im Übrigen auch gegen diese Gruppen. Es kam in einigen Städten zu Ausschreitungen gegen Einwohner aus dem subsaharischen Afrika oder aus Tunesien.